

Finanzkrise, Wirtschaftskrise: die Solidarität als einzige Alternative zum Kapitalismus

Einleitung

Seit mehr als einem Jahr erleben wir eine Finanz- und Wirtschaftskrise ohne Beispiel. Die Arbeitnehmer und die Sozialhilfeempfänger zahlen diese Krise mehrere Male: sie werden zur wirtschaftlichen Arbeitslosigkeit verdammt, sie verlieren ihre Arbeitsstelle, die öffentlichen Dienste werden beeinträchtigt durch den Rückgang der Einnahmen des Staates.

Heute versuchen die Banken, eine gewisse Presse, die liberale Rechte und einige Wirtschaftsfachleute, die ihr ergeben sind, uns glauben zu machen, dass die Krise beendet ist und dass alles wieder von vorne beginnen kann. Business as usual.

NEIN. Es handelt sich nicht um ein unausweichliches Schicksal! Die Ideologien, welche diese Ungerechtigkeiten konstruiert und entwickelt haben sind der Kapitalismus (alles für den Gewinn) und sein Sprachrohr, der Liberalismus (das Laisser-faire).

Es ist dieses Gesellschaftssystem, kapitalistisch und liberal, dass verändert werden muss. Dies geht durch die Anprangerung der weiterbestehenden aktuellen Widersprüche und die erneute Bestätigung unserer Werte und fundamentalen Pfeiler: die Solidarität zwischen allen Arbeitnehmern, die Verteidigung der sozialen Sicherheit, die Neuverteilung der Reichtümer und die Verteidigung der öffentlichen Dienste.

Im Bewusstsein, dass aus dieser Krise unbedingt die Lektionen gezogen werden müssen und wieder und wieder ein anderes Gesellschaftsmodell angeboten werden muss, hat die FGTB Lüttich - Huy - Waremme ihre Militanten unter Zuhilfenahme eines Vorschlagstextes mit dem Titel „**Die Krise durch die Solidarität bewältigen**“ zu einer Debatte darüber aufgerufen.

Zahlreiche Instanzen und Arbeitsgruppen haben Vorschläge ausgearbeitet und unsere Werte um das Konzept der Solidarität neu bestätigt.

Diese reichen Überlegungen haben am 2. Dezember 2009 zu einem außerordentlichen Kongress mit der Bezeichnung „Die Krise durch die Solidarität bewältigen“ geführt, wobei sich auf den Vorbereitungstext gleichen Namens gestützt wurde.

Der nachfolgende Artikel stellt eine Synthese der vier hauptsächlichen während dieses Kongresses besprochenen Themen und Vorschläge dar, nämlich:

- Keine Regulierung ohne öffentliche Dienste,
- Keine wirtschaftliche Entwicklung ohne industrielle Politik,
- Keine Globalisierung ohne Regulierung,
- Keine Solidarität ohne Neuverteilung der Reichtümer.

Keine Regulierung ohne öffentliche Dienste

UMFELD

Die öffentlichen Dienste sind ein wichtiges Element der Solidarität zwischen den Bürgern und von daher die Basis jeder organisierten Gesellschaft. Sie sind das Vermögen derjenigen, die keines besitzen und die erste Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung.

Jeden Tag benutzen wir eine Vielzahl öffentlicher Dienste, ohne dass es uns mehr bewusst wird, insbesondere um

- unsere Kinder zu unterrichten, zu erziehen und zu beaufsichtigen;

- sich zu informieren, sich zu entwickeln, sich zu entspannen, zu kommunizieren;
- sich fortzubewegen, Waren zu liefern, auszuführen;
- seine eigene Sicherheit zu garantieren und die Sicherheit seines Besitzes
- das belgische Territorium zu schützen;
- sich in guter Gesundheit zu halten;
- die älteren und weniger validen Personen aufzunehmen in Heimen oder sie zu Hause zu begleiten...;
- einen angenehmen Lebensrahmen zu genießen;
- die wirtschaftliche Tätigkeit zu entwickeln.

Wegen ihrer Funktionsweise, die nicht an ein gleich wie geartetes finanzielles Gewinnziel gebunden ist, sind die öffentlichen Dienste Garanten der Gleichheit, Allgemeingültigkeit, Erreichbarkeit, Veränderlichkeit, sozialer Rentabilität und Unabhängigkeit gegenüber den politischen Veränderungen.

Die öffentlichen Dienste haben ein nicht zu unterschätzendes wirtschaftliches Gewicht, und tragen stark zum Reichtum eines Landes bei. Sie sind Lieferanten von sicheren Arbeitsstellen, die weder an die Zufälligkeiten der Börsen noch an die Forderungen der Rentabilität gebunden sind. So schätzt man, dass ungefähr 1,4 Millionen Arbeitsstellen in Belgien direkt durch die öffentliche Hand finanziert werden, also etwa 1/3 der Beschäftigung.

Die öffentlichen Ausgaben, außer der sozialen Sicherheit, belaufen sich auf 27% des belgischen Bruttoinlandsproduktes (BIP). 2006 hat jeder wallonische Bürger im Durchschnitt den Wert von 12.433 € an Diensten von Seiten der öffentlichen Hand erhalten. Dies bedeutet, dass jeder von uns 1.000 € pro Monat in Sachleistungen zusätzlich zu seiner Entlohnung erhält.

Das, wogegen wir kämpfen: die Bedrohungen der öffentlichen Dienste

Drei große Gefahren bedrohen die öffentlichen Dienste:

1. Die Sparpolitik und die Steigerung der Staatsschuld, hervorgerufen durch die Rettungsaktion der Banken durch den Staat

Die Staatsschuld, die seit Anfang der neunziger Jahre sank, hätte sich in 2010 auf 75,3% des BIP vermindern müssen. Jedoch kam die Krise. Und die Verschuldung, die eigentlich hätte sinken müssen, ist, im Gegenteil, explodiert, durch kolossale Ausgaben des Staates zur Rettung der Banken und den Haushaltsdefiziten, die durch die automatischen Stabilisatoren entstanden, das heißt die Senkung der steuerlichen Einnahmen im Verein mit den erhöhten sozialen Ausgaben, welche diese liberale Krise nach sich gezogen hat. Bis heute zahlte der Staat ungefähr 12 Milliarden Euro pro Jahr nur zur Abzahlung der Zinsen, das heißt 1/4 des Haushaltes des Föderalstaates. Man muss daher eine Steigerung dieses Postens erwarten, dabei ist der Haushalt schon sehr eng.

Um den Haushalt auszugleichen, als Garantie der Zahlung der Renten, wird die Rechte eine Verminderung der öffentlichen Ausgaben, das heißt der Dienste, die dem Bürger geliefert werden, fordern.

2. Die europäischen liberalen Politiken

Diese Politik schreibt sich ein in die gerade Linie des Vertrags von Maastricht und das Aufzwingen von restriktiven Kriterien der europäischen Übereinstimmung, wobei insbesondere festgelegt wird, dass das Defizit der Gesamtheit der öffentlichen Dienste 3% des BIP des Staates nicht überschreiten darf. Als Folge des europäischen Scheiterns der Einführung der Dienstleistungsrichtlinie, gefährdet die Direktive „Dienste“ die öffentlichen Dienste (umbenannt in „Dienste von allgemeinem Interesse“ - DAI - oder „Dienste von

allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“), indem ihre Bedeutung minimiert wird, sowie ihre Zielsetzung zur Bedeutungslosigkeit herabgestuft wird, und so die Zahl der Güter und Dienste, die als nicht privatisierbar angesehen werden, stark reduziert wird (gemäß der Definition, die durch den Vertrag von Lissabon erarbeitet wurde, müssen die DAI den Regeln der Konkurrenz unterworfen werden, sobald eine Entlohnung stattfindet. Absolut betreffen sie dann nur sehr wenige Materien). Es ist wesentlich, auf dieses Thema vor allem auf europäischer Ebene zu reagieren.

Denn in der Gesetzgebung, die augenblicklich in der europäischen Union in Kraft ist, hat sich nur das Handelsrecht etabliert. Absolute Priorität wird dem Prinzip der Konkurrenz eingeräumt, zum Nachteil der Arbeitsgesetzgebung.

3. Das Ende einer Politik der globalisierten Finanzierung

Sei es für das Wasser, das Gas, den Strom, die Abfälle oder auch das Telefon, wurden diese letzten Jahre durch eine Entwicklung von alternativen Finanzierungsmethoden gekennzeichnet, nämlich die Entwicklung der Steuerzuweisungen, der Politik der „wahren Kosten“ und der Gebühren für die Nutzung der Netze. Es handelt sich um ein System, das dazu tendiert, die Dienste mehr und mehr aufzuteilen, den Bedürftigsten dabei einen minimalen Zugang zu geben und das Budget, das für einen globalen und universellen Dienst bestimmt war zu ersetzen durch einen Dienst „à la carte“, reserviert für diejenigen, welche die Mittel haben, sie sich zu leisten.

Die öffentlichen Dienste tragen wesentlich zum Reichtum eines Landes bei

WELCHES SIND DIE ANTWORTEN DER GEWERKSCHAFTEN? - DIE RÜCKEROBERUNG BEGINNEN

Unsere Antwort auf diese Bedrohungen, die auf den öffentlichen Diensten lasten, besteht aus 7 Vorschlägen:

- Öffentlich - öffentliche Partnerschaften bevorzugen (im Gegensatz zu den öffentlich - privaten Partnerschaften - Public - Private Partnership, PPP). Unser Wunsch ist es, öffentliche Investoren anzuziehen um öffentliche Investitionsprojekte zu finanzieren. Die betroffenen Sektoren sind das Trinkwasser, die Sanierung, die Transporte, die Infrastrukturen der Kommunikation und der Telekommunikation, die Gesundheit, das Unterrichtswesen.
- Den Zugang zur öffentlichen Finanzierung der privaten Unternehmen, wie bei den Zeitarbeitsagenturen für die Fortbildungen, die durch das Forem finanziert werden oder der Gebrauch von Dienstleistungsschecks, reglementieren, beschränken und Bedingungen unterwerfen.
- Die Tätigkeiten der öffentlichen Dienste diversifizieren. Der öffentliche Dienst darf sich nicht nur um die Verwaltung oder die Schulen kümmern; er muss auch eingebunden sein in alle strategischen Sektoren, welche die Tätigkeit der Bürger und der Unternehmen unterstützen, wie die Energie, die Mobilität, die Unterkünfte, die Kultur, die Telekommunikation, die Bankdienste, usw.
- Die Zuständigkeiten des Zentrums für Chancengleichheit erweitern, indem ihm die Aufgabe übertragen wird über Beeinträchtigungen der öffentlichen Dienste zu wachen.
- Einen Posten eines europäischen Kommissars bilden, beauftragt mit den Materien, die mit den Diensten von allgemeinem Interesse in Zusammenhang stehen, um als Gegengewicht zum Posten des Kommissars für den Wettbewerb zu dienen.

- Um das negative Bild, welches die Medien und die Reden der Arbeitgeber von den öffentlichen Diensten zeichnen, am besten zu bekämpfen, ist es jedoch erforderlich, auch von unserer Seite aus für eine Verbesserung unserer öffentlichen Dienste zu kämpfen, mit dem Ziel einer maximalen tadellosen Arbeit. Dazu müssen wir auf die Entpolitisierung der täglichen Verwaltung der Dienste abzielen, die manchmal bestehenden Seilschaften bekämpfen und das System der Entscheidungsfindung, welches in den öffentlichen Diensten angewandt wird, in konstruktiver Weise kritisieren.
- Endlich müssen wir europäische Betrachtungsweisen und Kampfpraktiken entwickeln. Die Globalisierung erlaubt es uns nicht mehr, nur auf nationaler Ebene zu denken und zu handeln. Wir müssen die europäische Ebene in alle unsere Betrachtungen einbeziehen. Den Delegierten muss die Bedeutung des gemeinsamen Handelns auf europäischer Ebene dauernd bewusst gemacht werden. Die europäischen Gewerkschaften, über den europäischen Gewerkschaftsbund EGB und die Internationale der öffentlichen Dienste FSESP müssen ein Kräfteverhältnis aufbauen, das für den Schutz der Interessen der Arbeitnehmer unbedingt erforderlich ist.

Keine wirtschaftliche Entwicklung ohne Industriepolitik

Seit den siebziger Jahren schien es normal, dass der allmächtige Markt alleine entschied über die Standorte der Investitionen, der Produktionszentren, der Profitzentren und also natürlich der Beschäftigungsvolumen und der Verteilung der Reichtümer.

Unsere Regierungen haben dann die exogene Entwicklung bevorzugt, das heißt Entwicklung auf Grund ausländischer Investitionen, und das endogene Wachstum, das heißt Entwicklung durch regionale Unternehmen, vollständig zur Seite geschoben.

Die öffentlichen Dienste müssen sich neu positionieren in ihrer Eigenschaft als wirkliche Akteure der wirtschaftlichen Umschichtung

Von überstürzter Flucht zu überstürzter Flucht sind viele Staaten sich endlich bewusst geworden, dass sie ohne endogenes Wachstum der Gnade von unkontrollierbaren, globalen und kurzfristigen Finanzstrategien ausgeliefert wären.

Um dieser Logik entgegenzuwirken muss die Einrichtung oder die Verstärkung einer ehrgeizigen und durch die öffentliche Hand diktierten industriellen Politik unsere Priorität sein. Die öffentliche Planung muss als Impulsgeber, Vorläufer oder zur Neuorientierung der Aktivitäten handeln.

NOTWENDIGE BEDINGUNGEN FÜR EINE INDUSTRIEPOLITIK

Die öffentliche Hand muss sich als wirklicher Akteur der wirtschaftlichen Umschichtung neu positionieren, mit den angepassten Instrumenten, zum Beispiel durch die Bildung eines Planungsbüros, einer öffentlichen Bank, eines großen öffentlichen Forschungszentrums, eines öffentlichen Unternehmens zur Isolierung der Gebäude, durch eine Politik der Anpassung des Territoriums und konzertierter Mobilität, und auf eine nachhaltige Entwicklung abzielend...

- **Eine regionale öffentliche Bank**

Der Marshall - Plan 1.0 hat es erlaubt, etwa 1,2 Milliarden Euro zusätzlich innerhalb von 4 Jahren in der wallonischen Wirtschaft zu konzentrieren. Dies ist annehmbar, aber natürlich

zu wenig, um die wallonische Wirtschaft neu zu beleben, und die Krise läuft nicht in die Richtung einer budgetären Erhöhung.

Bleibt dann die Alternative, die Ersparnisse der Bürger auf direktem Weg zu mobilisieren, durch die Gründung einer öffentlichen Bank, ohne Gewinnerzielungsabsicht, in welcher die Bürger, die es wollen, ihre Ersparnisse einzahlen könnten und selbst ihre Entlohnungen hier einzahlen lassen könnten.

- Eine öffentliche Bank hätte mehrere Tugenden. Insbesondere würde sie den finanziellen Arm der Region stärken, wodurch die Investitionen in die lokale Wirtschaft begünstigt würden. Dies würde es erlauben, den kurzfristigen finanziellen Strategien der großen ausländischen Gruppen entgegenzuwirken, deren Sorge weit entfernt ist von der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region.

Ein Überwachungskomitee, zusammengesetzt aus den Sozialpartnern, würde garantieren, dass das Geld der Bürger dort investiert würde, wo es am meisten der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit einbringen würde, das heißt nicht nur in Geldwerte, sondern auch in Werte der lokalen und sozialen Entwicklung.

- **Die öffentliche Hand muss die Wissenschaftspolitik in die Hand nehmen**

Im Gegensatz zu ihren Nachbarregionen verfügt die Wallonie über kein einziges großes öffentliches Wissenschaftsinstitut. Die öffentlichen wallonischen Subsidien für Forschung und Entwicklung gehen in erster Linie an die Forschung innerhalb der Unternehmen. Die wallonische Region läuft von daher ein Risiko im Falle der Auslagerung dieser Forschungsdienste.

Man muss also für die Gründung eines großen öffentlichen Forschungszentrums zur Unterstützung der wallonischen Industrie plädieren. Es handelt sich tatsächlich darum, die gerichtete Grundlagenforschung zu vermischen mit der Forschung und Entwicklung, um ihre Synergien nutzen zu können und ein Zentrum von internationalem Ruf zu gründen, das in der Lage ist, Unternehmen anzuziehen und zu gründen.

- **Eine dynamische und nachhaltige Politik gegenüber den Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit**

Eine Industriepolitik, die darauf abzielt, Unternehmen von außen anzuziehen, die ihnen aber keine Möglichkeiten der Unterbringung bietet ist Unsinn.

Wir müssen also die Einrichtung einer zentralisierteren Planung auf Ebene der Region fordern, welche eine gewisse Rangordnung der Zonen wirtschaftlicher Tätigkeit vorschreibt.

Für die großen Unternehmen, deren Betrieb und / oder der Lärm hohe Beeinträchtigungen für die Anwohner nach sich ziehen, muss man die Bildung eines oder sogar zweier großer Industriezonen vorziehen, nahe an den Verkehrsknotenpunkten, und daher ziemlich weit von den Wohngebieten entfernt.

In der Nähe der kleinen und großen Städte muss man der Bildung kleinerer Industriezonen den Vorzug geben, vereinbar mit den Wohnbereichen, um den Arbeitnehmern eine Wahl zu lassen und somit die Kosten für das Gemeinwesen zu senken...

Endlich muss die Zahl der urbanen Industriezonen erhöht werden, um Werkstätten, Büroräume, Forschungslaboratorien,... aufzunehmen. Sie erlauben es den Arbeitnehmern, zwischen verschiedenen Arten alternativer Transportmittel an Stelle des Autos zu wählen und zu ihrer Arbeitsstelle zu gelangen.

Wie in den Niederlanden müsste der belgische Staat gewisse Rechte an den durch die Unternehmen gekauften Grundstücken behalten, was es erleichtern würde, unbenutzte und für die wirtschaftliche Entwicklung notwendige Grundstücke zurück zu erhalten

- **Kommunikationsinfrastrukturen im Dienst einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung**

Ohne Neuausrichtung der Eisenbahnpolitik wird das wallonische Schienennetz bald keinerlei Nutzen mehr haben, während die Wallonie danach strebte, eine Logistikdrehscheibe zu werden.

So muss nach dem Hochgeschwindigkeitszug „Reisende“ der Hochgeschwindigkeitszug „Güter“ entwickelt werden, nämlich durch die Investitionen die notwendig sind zur unterschiedlichen Nutzung der Häfen und anderer Plattformen.

Endlich müssen die wallonischen Zentren Lüttich und Charleroi miteinander verbunden werden, aber auch die Verbindungen mit den Städten der Euregio stärken.

Und, auf eher lokaler Ebene, muss die Entwicklung der Transportmöglichkeiten, die eine Alternative zum Auto bieten, begünstigt werden, darunter insbesondere Tram und Expressverbindungen mit Ausweichparkhäusern um die Städte.

- **Die nachhaltige Entwicklung als industrielle Zweckmäßigkeit**

Sieht man die niedrige Qualität der Wohnungen, müsste die Priorität der wallonischen Region die Energieleistung der Gebäude sein. Den Sektor des nachhaltigen Baugewerbes entwickeln und massiv darin investieren, das bedeutet nicht auslagerbare Arbeitsstellen schaffen für qualifizierte und weniger qualifizierte Arbeitnehmer. Auch müssen die Sozialwohnungen bevorzugt behandelt werden, die jene mit den höchsten Energiekosten sind, aus Mangel an Mitteln zur Isolierung.

Endlich muss darauf geachtet werden, dass das Soziale nicht zu Gunsten der Umwelt geopfert wird! Daher müssen wir auch unsere Verbrauchergewohnheiten überdenken und kollektiven Verbrauch dort bevorzugen, wo er wirtschaftlich wirksamer ist als der individuelle Verbrauch. Dies ist zum Beispiel der Fall beim Transport.

Keine Globalisierung ohne Regulierung

Eine solidarische Gesellschaft benötigt die zu ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Regulierung erforderlichen Strukturen. Dies geschieht durch einen politischen Willen auf allen Ebenen, um die Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen. Dazu muss wieder eine Kontrolle der Finanzmärkte eingerichtet werden, den Steuerparadiesen ein Ende bereitet werden und die Normen im internationalen Handel hierarchisiert werden.

Die Unterwerfung unter den freien Markt ist kulturell geworden. Das Fehlen von Konzertierung und einer Hierarchie der Werte lässt den Weg frei für die Leitung durch Experten und Technokraten, welche die politische Wahl unter Missachtung der Demokratie beeinflussen und bestimmen.

Eine neue europäische und globale Regulierung muss entstehen, deren Mittelpunkt der Bürger und die Arbeitnehmer sind.

AUF EUROPÄISCHER EBENE

Die ideologische Funktionsweise der Europäischen Union ist klar liberal und gegründet auf den Dogmen der Konkurrenz und der Nicht-Regulierung. Sie gibt den Prinzipien des freien Wettbewerbs, des allgemeinen freien Handelsverkehrs, der Vermarktung der öffentlichen Dienste, sowie der makroökonomischen Sparpolitik den Vorrang.

Die Prioritäten der europäischen Integration verschieben sich nach einer Deregulierung der Beschäftigungspolitiken, die durch die EU als Bremsen des wirtschaftlichen Liberalismus empfunden werden, der einzig in der Lage wäre, Europa zu einem wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewicht zu führen.

Europa, wie wir es wollen:

- **Ein Europa nach keynesianischer Inspiration**

Die Wirtschaft wieder beleben durch die Nachfrage, durch die Stärkung der sozialen Sicherheit und der öffentlichen Dienste. Dazu die Staaten der EU steuerlich nach oben angleichen, um ein zerstörerisches Sozialdumping zu vermeiden. Den europäischen Haushalt erhöhen, der heute viel zu gering ist, um einen gleich wie gearteten wirklichen Nutzen zu haben.

- **Die Wege eines sozialen Europas**

Es fehlt nicht an Wegen: eine stärkere Einbindung des europäischen Parlamentes verlangen; die Charta der Grundrechte zwingend machen und den Staaten, die sie nicht respektieren ein System von Strafen aufzwingen; eine Klausel der „meist begünstigten Nation“ aufstellen, mit einem *sozialen* Ziel; die Löhne nach oben harmonisieren.

- **Europa auf der gewerkschaftlichen Tagesordnung**

Den Gewerkschaftsdelegierten die europäische Problematik stärker bewusst machen; die Gewerkschaften der Linken um ein europäisches sozialistisches Projekt versammeln.

AUF GLOBALER EBENE

Die Institutionen von Bretton Woods

Die internationalen Finanzinstitutionen (Internationaler Währungsfonds und die Weltbank) funktionieren nach der Logik der privaten Finanzunternehmen und des globalen Kapitalismus, ohne Berücksichtigung der sozialen und politischen Konsequenzen ihrer Aktionen. Diese multilateralen Institutionen stellen die Speerspitze des Liberalismus dar und verhindern jede Hoffnung auf nachhaltige alternative Entwicklung der Länder des Südens. Sie nehmen aktiv teil an der Konsolidierung des juristisch organisierten Ausschlusses.

Die Welthandelsorganisation (W H O)

Die WHO wurde 1995 mit zwei Zielen gegründet: die Suche nach einem hohen Grad der Liberalisierung auf globaler Ebene und den Abbau der Handelshindernisse. Da diese beiden Regeln multilateral wurden, ging der Vormarsch der Liberalisierung blitzschnell vor sich und kein Staat hätte die Möglichkeit oder gar das Recht, spezifische industrielle, wirtschaftliche oder Handelspolitiken in Kraft zu setzen, welche die Besonderheiten, Bedürfnisse und nationalen Prioritäten berücksichtigen, die durch die Bevölkerung und ihre politischen Vertreter ausgedrückt werden.

- Diese Institutionen tiefgreifend reformieren, die nur den Interessen der Anhänger der ultraliberalen Ideologie dienen, nämlich den Regierungen der industrialisierten westlichen Länder
- Den internationalen Institutionen, deren Grund und Funktionsweise demokratischer sind (Vereinte Nationen, Internationale Organisation der Arbeit) eine stärkere zwingende Macht geben, die über jene der finanziellen und wirtschaftlichen Institutionen steht, indem ihre Aktions- und Sanktionsmöglichkeiten gestärkt werden.
- Den Staatsorganen ihre Vorrangstellung über das Privatleben wieder geben: es ist der Staat im weitesten Sinne und seine öffentlichen Dienste, welche das Ruder wieder in die Hand nehmen müssen. An der Verstärkung der gewerkschaftlichen Strukturen auf globaler und europäischer Ebene arbeiten, und an der Strukturierung von Bündnissen zwischen Gewerkschaften und progressistischen Organisationen überall auf der Welt arbeiten.

Zu neuen Fortschrittsindikatoren

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gibt uns die „Menge der Güter und Dienste, die auf einen Markt gebracht werden und geeignet sind für Individuen oder Institutionen“. Es definiert den Wert der geldlichen Tauschgeschäfte auf einem gegebenen Markt während einer gegebenen Periode, unabhängig vom Inhalt dieser Tauschgeschäfte.

- Das BIP berücksichtigt nicht die Produktion von Gütern und Diensten, die gegen Geld auf dem Markt getauscht werden können. Es unterbewertet von daher das Gewicht der öffentlichen Dienste und einer ganzen Reihe von Tätigkeiten (Hausarbeit usw.);
- Es berechnet die Menge der Produktion, welche einen Geldwert hat, aber gibt nirgendwo an, wie die Früchte dieser Produktion innerhalb der Gesellschaft aufgeteilt werden, und ist unempfindlich gegen die Ungleichheiten des Verbrauchs;
- Es berücksichtigt nicht die ökologischen und kulturellen Schäden, die Schäden an der Umwelt und am Vermögen, hervorgerufen durch das wirtschaftliche Wachstum, welches aus der Produktion von handelbaren Gütern und Diensten entstehen.

Alternative Indikatoren müssen konstruiert und / oder entwickelt werden an Stelle des BIP, die vorrangig menschliche, soziale und Umweltaspekte des Wohlstandes und des sozialen Fortschritts berücksichtigen

**Der Kapitalismus schadet
allen Arbeitnehmern
schwer**

Keine Solidarität ohne Neuverteilung der Reichtümer

Der Anteil der Entlohnung der Lohnempfänger im BIP ist von 57% in 1981 auf 51% in 2007 gesunken und zeigt sich durch eine Senkung der tatsächlichen Löhne für den durchschnittlichen Arbeitnehmer.

Das Profil der Arbeitsstellen hat sich ebenfalls stark verändert in Richtung einer progressiven Verarmung der Arbeitnehmer. Heute stellt die Teilzeitarbeit 22,6% der gesamten belgischen Beschäftigung dar (gegen 15,2% in 1997). Präzisieren wir, dass 86% der Teilzeitarbeitnehmer Frauen sind.

Familien mit nur einem Elternteil (Alleinerziehende) sind am stärksten betroffen. Der Mindestlohn und die Sozialzulagen steigen langsamer als der Durchschnittslohn.

Belgien hat eine ganze Reihe von Instrumenten eingerichtet, die es erlauben, die produzierten Reichtümer neu zu verteilen. Es handelt sich hauptsächlich um die progressive Steuer und die Sozialsicherheit. Jedoch werden diese Instrumente in einer liberalen Logik immer stärker beschuldigt, die Entwicklung zu bremsen.

Die Neuverteilung aller Reichtümer erlaubt eine gerechte Aufteilung der Anstrengungen im Verhältnis der Möglichkeiten zur Leistung eines Beitrags.

Wir haben zwei größere Einsätze unterschieden

I. EINE GERECHTE BESTEUERUNG

Dies setzt voraus:

- Eine grundsätzliche Überprüfung der „steuerlichen Ausgaben“, oder Steuervorteilen: diese, die auch noch sehr ungleich verteilt sind zwischen den Einkommen der Unternehmen und jenen der entlohnten Arbeitnehmer, enthalten dem Haushalt des Staates wichtige Einnahmen vor. Es ist äußerst wichtig, den Kampf gegen das Steuerdumping und die Steuerhinterziehung auf europäischer Ebene zu verstärken.
- Eine totale Progressivität der Steuern: diese muss die sehr hohen Einkommen deutlicher treffen, indem zu 7 Steuertranchen zurückgekehrt wieder, wobei diese letzteren über die Erhöhung des steuerbefreiten Lohnanteils angepasst werden, und indem mit einer langsamen Progressivität für die niedrigen und mittleren Einkommen begonnen wird, um diese Progressivität bei den sehr hohen Einkommen zu beschleunigen. Die Steuerbarema müssen systematisch indexiert und alle Einkommen besteuert werden (einschließlich jener aus Kapital).

II. EINE NACHHALTIG FINANZIERTE SOZIALE SICHERHEIT

- **Die beste Finanzierung ist die Beschäftigung**

Die Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit stellen einen abgeleiteten Lohn für die Arbeitnehmer dar. Die Sozialbeiträge senken bedeutet, die Mittel zur Zahlung der Renten, der Gesundheitspflege, der Krankentage, das Arbeitslosengeld,... zu kürzen. Dabei tendieren die Arbeitsverträge, die erste Quelle für Einnahmen der sozialen Sicherheit, mehr und mehr zu Teilzeit und Flexibilisierung. Die Schaffung von stabilen und nachhaltigen Arbeitsstellen, insbesondere über die kollektive Verkürzung der Arbeitszeit mit ausgleichenden Einstellungen (siehe Punkt III), muss die Priorität unserer Regierungen in diesen Krisenzeiten bilden.

- **Die Übertragung an die Gemeinschaften verbieten**

Die Übertragung der sozialen Sicherheit an die Gemeinschaften, die durch gewisse flämische politische Akteure gefordert wird, stellt eine Gefahr für die Solidarität unter den belgischen Bürgern dar und löst keinesfalls das globale Problem der Finanzierung der sozialen Sicherheit. Tatsächlich ist es heute in der Wallonie größer, aber die Flut der erwarteten Pensionierungen in Flandern wird diese Tendenz sehr schnell nuancieren. Bei einer solchen Aufteilung der Ressourcen würden dann alle verlieren.

Die Gesundheitspflege muss der Logik des Privatsektors entkommen

- **Das liberale Abdriften bekämpfen → dem 2. und 3. Pfeiler der Pension eine Absage erteilen**

Die Anwesenheit des Privatsektors in der Welt der sozialen Sicherheit strikt und streng begrenzen. Auf allen Ebenen den Sinn der kollektiven Verhandlung wiederfinden, um die Bruttolöhne zu erhöhen auf Kosten der schleichenden außergesetzlichen individuellen Vorteile. Dies erfordert eine Erhöhung der Lohnhöchstbeträge, sowie die politische und budgetäre Wahl, große Mittel für die gesetzliche Pension zur Verfügung zu stellen durch Festlegung einer Vergreisungsrate von 4,5%

Die vollständige Streichung der Steuervorteile des 2. und 3. Pfeiler muss zwingend erfolgen: es ist vollkommen unlogisch, dass das Einkommen einer gesetzlichen Pension, welches einem ganzen Arbeitsleben entspricht, mit 30% besteuert wird, während die Einkommen einer Pension aus Finanzanlagen nur im besten Fall mit 16% besteuert werden.

In diesem Zusammenhang muss auch die Gesundheitspflege der Logik des Privatsektors entkommen, und die arbeitslosen Arbeitnehmer dürfen nicht bestraft werden, weder wirtschaftlich noch sozial.

Die beste Solidarität ist die Beschäftigung

- **Heute liegen die Trümpfe bei der Produktivität...**

Als in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Menschen durch Maschinen ersetzt wurden und die Produktionsprozesse rationalisiert wurden, stieg die Produktivität rechnerisch, ohne dass dadurch die gesamte Produktion gestiegen wäre. Ab 1983, nach der zweiten Wirtschaftskrise nach dem Krieg, wurden die durchschnittlichen Produktivitätsgewinne halbiert. Die Entlohnung treten in eine lange Zeit der Fast-Stagnation, während der Druck zur Restrukturierung erhalten bleibt.

- **...und bei der Flexibilität**

In 2008 zählt man mehr als eine Million Teilzeitarbeitnehmer. Seither sind 22,6% der Arbeitsstellen auf dem belgischen Markt Teilzeit und treffen hauptsächlich die Frauen. Diese Verkürzungen der Arbeitszeit werden den Arbeitnehmern aufgezwungen, welche die Folgen als Senkung ihrer Löhne erleiden, während gleichzeitig den Unternehmen geholfen wird, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Zu den Teilzeitverträgen kommen die Leiharbeitsverträge hinzu (92.211 Verträge in 2008), die Dienstleistungsschecks (fast 100.000 Verträge in 2008, davon 98% für Frauen),... ebenso viele Symptome einer bis zum Äußersten getriebenen Flexibilisierung, die den Arbeitnehmer nicht respektiert.

Unsere Forderungen

QUALITATIV HOCHWERTIGE ARBEITSSTELLEN WIEDER ZU EHREN BRINGEN

Um der grenzenlosen Vervielfältigung der Leiharbeitsverträge - und daher unsicheren Verträgen - an Stelle der Arbeitsverträge mit unbestimmter Dauer - sicherer und günstigerer für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihrer Gesamtheit - entgegenzuwirken, ist es unerlässlich, Maßnahmen zu treffen, um den Anteil, den die Leiharbeit in der gesamten Beschäftigung einnimmt, zu senken.

Dazu müssen zwei Prioritäten in den Vordergrund gestellt werden: einerseits die Notwendigkeit, das Bild des „die Leiharbeit schafft Arbeitsstellen“ zu zerstören, welches in keinem Fall der Realität entspricht; andererseits das Inkrafttreten der Regierungsmaßnahmen, die dazu bestimmt sind, den Rückgriff auf die Leiharbeit stark zu begrenzen, zum Beispiel, indem die Kosten erhöht werden.

DIE SENKUNGEN DER ARBEITGEBERBEITRÄGE NEU AUSRICHTEN

Zusätzlich zu den Wahnsinnskosten, welche diese Maßnahmen dem Haushalt der sozialen Sicherheit aufbürden, schaffen die Senkungen der Arbeitgeberbeiträge zu Gunsten von Zielgruppen eine ungesunde Konkurrenz zwischen den einzelnen Zielgruppen und den Arbeitnehmern, die den Kriterien dieser Gruppen nicht genügen. Diese Senkungen für Zielgruppen müssen gestrichen werden und die eingesparten Beträge eingesetzt werden, um den Arbeitnehmern mit niedrigen Löhnen direkt zu helfen.

ENTWICKLUNG UND KONTROLLE DER FORTBILDUNG

Die Fortbildung der Arbeitnehmer ist eine moralische und gesetzliche Verpflichtung, von der kein Arbeitgeber abweichen sollte. 1,9% der Lohnmasse muss dazu aufgewendet werden. Davon ist man noch weit entfernt.

Für die Arbeitgeber, die sich dieser Pflicht entziehen: zwei Möglichkeiten zu reagieren:

Entweder diese Arbeitgeber zu einem Beitrag in einen intersektoriellen Fortbildungsfonds zwingen für den Unterschied zwischen den 1,9% und dem, was sie tatsächlich in die Fortbildung ihres Personals investiert haben.

Oder zur Einstellung dieser Summen, die nicht in die Fortbildung im Hinblick auf das gesetzte Ziel investiert wurden, in die Rückstellungen. Diese Summen würden nicht als Eigenkapital angesehen und ausschließlich zur Verfügung der Arbeitnehmervertreter stehen für die Organisation der Fortbildung.

Die Fortbildung der Arbeitsuchenden muss, ihrerseits, als ein Mittel angesehen werden, einem Arbeitnehmer, der seine Stelle verloren hat, zu helfen, sich zu einem anderen Beruf umzuorientieren. Auf keinen Fall darf die Fortbildung dazu dienen, die Fehler des Unterrichtswesens zu korrigieren. Außerdem müssen wir darauf drängen, dass eine wirksame Kontrolle durchgeführt wird über die Verwendung der Hilfe für Unternehmen im Rahmen der subventionierten Fortbildung vom Typ IBU (Individuelle Berufsausbildung im Unternehmen) oder ähnlich.

Endlich muss die Politik insbesondere die Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt und die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses erlauben und den Zugang zur Fortbildung für Arbeitsuchende erleichtern.

KOLLEKTIVE SENKUNG DER ARBEITSZEIT

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit erfolgt über eine bessere Verteilung der noch verbleibenden Arbeitszeit.

Durchführen von Experimenten der kollektiven Arbeitszeitverkürzung bis 32 Wochenstunden, wobei:

- ausgleichende Einstellungen zu 100% gefördert werden,
- der Lohn für den Arbeitnehmer beibehalten wird,
- für den Arbeitgeber neutrale Kosten gesichert werden durch eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit.

Die Arbeitgeber erhielten Senkungen der Sozialbeiträge im Verhältnis zur Senkung der Arbeitszeit im Unternehmen und der Zahl der realisierten ausgleichenden Einstellungen.

Diese Beitragssenkungen erlauben es, die Erhöhung der Lohnmasse auszugleichen. Es handelt sich um eine Förderungsmaßnahme und keine Pflicht. Um wirksam zu sein, muss es von den erforderlichen Kontroll- und Fortbildungsmöglichkeiten begleitet werden.

Die Verluste, die durch die Senkung der Sozialbeiträge entstehen, müssen über gerechte steuerliche Maßnahmen ausgeglichen werden durch die Aufgabe von Steuergeschenken wie die fiktiven Zinsen.

Wenn die kollektive Senkung der Arbeitszeit auf alle Vollzeit Arbeitnehmer angewendet würde, würde sie die Schaffung von 325.000 Arbeitsstellen erlauben, was, bei unveränderter Situation, die Zahl der Arbeitsuchenden halbieren würde.

Eine FGTB, die sich den aktuellen Herausforderungen stellt!

Die Umwandlung der Gesellschaft muss das dauerhafte Ziel der FGTB bleiben.

Aber parallel zur Finanz- und Wirtschaftskrise muss die Gewerkschaftsorganisation sich vielen Herausforderungen in funktionieren und der Anpassung an eine sich verändernde Welt stellen.

Deshalb bestätigte der letzte Abschnitt des Kongresses „Die Krise durch die Solidarität bewältigen“ den Einsatz für die unbedingt notwendige Kontrolle durch die Arbeiter und deren Ausübung in einer Gesellschaft in dauernder Veränderung. Die Harmonisierung des Statuts Arbeiter / Angestellter sowie Gedanken über unsere Funktionsstrukturen, die den Realitäten von heute genügen müssen, wurden ebenfalls angesprochen vor der Verurteilung der Beschwerde vor Gericht, welche das Streikrecht aushöhlen.

Endlich wurde nachgedacht über eine institutionelle Entwicklung um sich positiv auszustatten mit dem politischen Willen und ehrgeizigen Werkzeugen zur Entwicklung einer Region, ohne zu einer für die öffentlichen Finanzen schädlichen Konkurrenz oder zu einer Verschlechterung der zwischenmenschlichen Solidarität durch die soziale Sicherheit zu führen.

Als Gewerkschaftsorganisation müssen wir darauf achten, die Arbeitnehmer zu verteidigen, ihnen einen höheren Lebensstandard zu sichern in einer Umwelt, in der sie sich in vollem Bewusstsein und voller Würde entwickeln können. Dies geht nur über eine Forderung nach Veränderung, ohne die sich eine Dynamik des Rückgangs entwickelt. Der institutionelle Plan verlangt also auch unsere volle Aufmerksamkeit, im gleichen Maße wie andere Kriegsschauplätze

Der vollständige Text des Kongresses „Die Krise durch die Solidarität bewältigen“ ist verfügbar auf www.fgtb-liège.be (auf Französisch)

Die Synthesebroschüre ist kostenlos erhältlich bei Delphine Dumont: delphine.dumont@fgtb.be, Tel. 04 / 221 95 89

Jean - François RAMQUET - Regionalsekretär Lüttich - Huy - Waremme

Dieser Artikel erschien in der Onlinezeitschrift www.dautresreperes.be